

---

**1922/AB XXII. GP**

---

**Eingelangt am 25.08.2004**

**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**

BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

## **Anfragebeantwortung**

Auf die schriftliche Anfrage der Abgeordneten Gerhard Steier, Kolleginnen und Kollegen vom 9. Juli 2004, Nr. 1995/J, betreffend Atmosfair, beehre ich mich Folgendes mitzuteilen:

### Zu den Fragen 1 und 2:

Das „Atmosfair-Projekt“ war mir bis dato unbekannt. Mit großem Interesse habe ich mir die Homepage des Projektes ([www.atmosfair.com](http://www.atmosfair.com)) angesehen und die zuständige Fachabteilung meines Ressorts beauftragt, nähere Details zu dem Projekt in Erfahrung zu bringen. Einige offene Fragen sind aus meiner Sicht grundsätzlich zu klären, insbesondere, anhand welcher Kriterien Projekte ausgewählt werden und an wen die zertifizierten Emissionsreduktionen aus den CDM-Projekten übermittelt werden.

### Zu den Fragen 3 bis 6:

Inwieweit und wie Österreich das Atmosfair-Projekt unterstützen könnte, wurde, da das Projekt noch nicht bekannt war, bislang nicht diskutiert, ist aber jedenfalls eine nähere Betrachtung wert. Grundsätzlich verfolge ich innerhalb meines Ressorts das Ziel, dass die Bediensteten für Dienstreisen möglichst umwelt- und insbesondere klimaverträgliche Verkehrsmittel auswählen.

Die Kompensierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen aus dem Flugverkehr durch die Finanzierung von Klimaschutzprojekten in Entwicklungsländern stellt zweifellos einen neuen Ansatz dar. Ich verweise in diesem Zusammenhang auch darauf, dass im Rahmen des JI/CDM-Programms des Bundes bereits gegenwärtig Projekte in Entwicklungsländern zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen durch den Ankauf von Zertifikaten unterstützt werden.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann ich Ihnen somit noch nicht mitteilen, ob und in welcher Form im Rahmen von Dienstflügen meines Ressorts bzw. anderer Bundesministerien künftig Atmosfair-Projekte unterstützt werden können, da dies auch eines koordinierten Vorgehens innerhalb aller Bundesdienststellen bedarf.